

Fadegrad



von
Stefan Urech

Was heisst eigentlich Nachhaltigkeit?

Die herbe Wahlniederlage vom 4. März zwingt die Partei zur kritischen Selbstreflexion. Ohne Anspruch einer alles erklärenden Analyse im Folgenden ein paar Gedanken dazu. In den vergangenen Jahren hat die städtische SVP sowohl in der parlamentarischen Arbeit als auch in deren Kommunikation gegen aussen fast ausschliesslich aus der Defensive gewirkt. Unerbittlich haben wir immer neue Regulierungsforderungen und Staatsausgaben von Rotgrün bekämpft. Um zu sagen, was wir nicht wollen, wurde (zu) viel Energie und Zeit verbrannt. Unsere Positionen waren nicht falsch, aber in der öffentlichen Wahrnehmung sind wir zur «Nein-Sager»-Partei der sozialen Kälte geworden. Wir müssen deshalb vermehrt auch positive Inhalte präsentieren.

So nimmt die Linke beispielsweise den positiv konnotierten Begriff «Nachhaltigkeit» mit einer gebetsmühlenartigen Wiederholung für sich in Anspruch. Sie meint damit, dass sie sich mit ihrer Energiepolitik für die nächsten Generationen einsetze. Wer der nächsten Generation aber massive Schulden aufbürdet, macht keine nachhaltige Politik. Wenn wir so weitermachen, wird das Geld irgendeinmal auch für den Umweltschutz nicht mehr reichen. Es sind deshalb die Rechten, die sich mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik um die Zukunft kümmern.

Ein zentrales Element des letzten Wahlkampfs war die Wohnbaupolitik. Auch diesbezüglich haben es die Linken mit dem Slogan «für alle» verstanden, den Eindruck zu vermitteln, ihre Politik der subventionierten Wohnungen käme einer Mehrheit zu Gute. Aber es profitiert nur eine Minderheit (27 Prozent) davon. Gleichzeitig hält die Linke mit ihrer Einwanderungspolitik die Nachfrage permanent hoch. Je mehr verbilligte Wohnungen angeboten werden, desto mehr Leute ziehen nach Zürich. Der daraus resultierende Bevölkerungsdruck bewirkt, dass die Knappheit an Wohnungen trotz Millioneninvestitionen nicht sinkt. Mit einer Begrenzung der Einwanderung und einer Lockerung von übertriebenen Bauvorschriften liesse sich die Wohnungsnot in Zürich nachhaltiger bekämpfen. Bei aller Selbstkritik sei aber eingeräumt, dass es in einer linken, vom sozialen Wohlfahrtsstaat stark geprägten Stadt wie Zürich nicht einfach ist, rechte Zielsetzungen wie Selbstverantwortung und Freiheit (statt staatlicher Bevormundung) zu vertreten. Wir dürfen uns darin aber nicht beirren lassen. Wir setzen uns weiterhin für eine lebenswerte, vielfältige, schöne und sozial verantwortliche Stadt ein. Eine verantwortungsbewusste Politik berücksichtigt aber immer auch den Faktor der mittel- und längerfristigen Finanzierbarkeit dieser hohen Lebensqualität. Unsere konservative SVP ist so gesehen eben nicht rückwärtsgewandt sondern zukunftsgerichtet und handelt nachhaltig.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

SVP kritisiert Krawalle an illegaler Frauendemo

Die illegale Demonstration zum internationalen Frauentag in Zürich sorgte für grosse Sachschäden. Während die Polizei dem Treiben nur zusah, wurden unter anderem die Sandsteinwände des Zürcher Fraumünsters verwüstet.



Dubi Sinovcic
Gemeinderat SVP
Zürich 1&2

Zu Beginn der 194. Sitzung der Zürcher Gemeinderates hielt Gemeinderat Urs Fehr in gewohnt direkter Weise eine persönliche Erklärung zu den Vorfällen anlässlich der unbewilligten Demonstration des «Frauenbündnis Zürich». Er stellte die Untätigkeit der politischen Führung der Stadtpolizei an den Pranger und verurteilte die Teilnahme von Kindern an der Demonstration was einen effizienten Polizeieinsatz gegen Krawallanten verhinderte.

Es ist beschämend wie in der Stadt Zürich Saubannerzüge ungehemmt und ungestört wüten können. Selbst vor der Schändung sakraler Bauten wird nicht zurückgeschreckt.

Der Schaden für Gewerbetreibende und die Kosten für die Steuerzahler sind in Wahrheit wohl weit höher als jeweils von der Regierung verkündet. Es ist nicht zu erwarten, dass sich die Laissez-Faire Politik der Stadt Zürich ändern wird. Es ist viel mehr anzunehmen, dass der AL-Polizeivorsteher Wolff

bei der Verhinderung solcher Demonstrationen noch mehr auf die Bremsen stehen wird. Die Zeche für die Exzesse spätpubertierender Anarchos bezahlt schlussendlich der rechtschaffene Bürger.

Bekämpfung von unrechtmässigem Sozialhilfebezug
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied 2016, dass in der Schweiz keine genügende Rechtsgrundlage zur Observation im Bereich des Unfallversicherungsgesetzes besteht. Die Stadt Zürich setzte daraufhin die Überwachungstätigkeit im Sozialbereich gänzlich ein. Aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage zur Überwachung von vermutlichen Sozialhilfebezüglern erarbeitete der Stadtrat eine Weisung, welche ebendieses Einsatz regelt. Positiv erstaunt hier, dass der Stadtrat das Geotracking von Verdächtigen erlauben will. Es soll also in Zukunft unter anderem möglich sein GPS-Sender zur Standortbestimmung einzusetzen. Hier geht der Stadtrat deutlich weiter als es bei anderen bekannten Regelungen von Kantonen und Bund der Fall ist. Grüne und AL lehnten die Weisung grundsätzlich ab, ein zu grosser Eingriff in die Privatsphäre und die Grundrechte, wurde argumentiert. Ge-

meinderat Roberto Bertozzi erklärte mit gut verständlichen Fakten wieso die Ablehnung der Weisung durch die Ratsminderheit nicht nachvollziehbar ist. Die Observationsverordnung gibt der Sozialbehörde lediglich Mittel zur Überwachung, welche jeder einzelne im Alltag einsetzen darf. So sind z.B. Geotracker nicht verboten und jeder darf diese einsetzen, wieso also auch nicht die Stadt Zürich? Die SP unterstützte die Weisung halbherzig und versuchte mit unzähligen Änderungsanträgen eine Entschärfung herbeizuführen, was auch gelang. Aus Sicht der SVP resultierte ein gut ausgewogener Kom-

promiss. Der Weisung wurde vom Gemeinderat gegen Opposition von Grünen und AL zugestimmt. Zusätzlich wurde ein Postulat der Grünen behandelt, welches eine Aufstockung der Stellen bei den Sozialarbeitern forderte. Das Postulat wurde im Zusammenhang mit der Observationsverordnung eingereicht mit der Begründung, dass man Sozialhilfemissbrauch mit mehr Sozialarbeitern bekämpfen kann und es so keine Observation braucht. Oh Wunder, dass der Ruf nach mehr Sozialindustrie von der Ratsmehrheit mit 3 Stimmen Unterschied abgelehnt wurde, dies dank der Enthaltung der AL. Die SVP-Fraktion wird wohl in der kommenden Legislatur regelmässig solche Anliegen der Ratslinken ertragen müssen.

Linke Frauengewalt ...

rw. In einer Fraktionsklärung im Kantonsrat bezeichneten die Grünen das AKW Beznau als «Skandal». Darauf reagierte Kantonsrätin Theres Weber mit einer persönlichen Erklärung: «Ich sehe den Skandal weniger in Beznau als hier in Zürich.

Wenn linke Frauen in einer unbewilligten Demonstration das Fraumünster besprayen und grosse Schäden anrichten, schäme ich mich als

Frau dafür! Es ist unsäglich, was in unserer Stadt passiert. Ein solches Vorgehen nenne ich einen Skandal! Ich erwarte, dass diese Damen – dieser Ausdruck ist viel zu anständig – zur Verantwortung gezogen werden und für die Schäden aufkommen müssen – am liebsten wäre mir, sie müssten helfen, die Farbe von der Fassade zu entfernen und alle finanziellen Folgen tragen.»

AUSSTIEG AUS DER KERNKRAFT

Links-grüne Mogelpackung hat Folgen

Die Zürcher Stimmbürger haben am 5. Juni 2016 mit einem Ja-Anteil von 70,4 Prozent eine Änderung der Gemeindeordnung angenommen. In Artikel 125 der Gemeindeordnung ist nun festgehalten, dass die Beteiligung der Gemeinde an Atomkraftwerken sowie der Bezug von Atomstrom längstens bis zum Jahr 2034 zulässig sind und, dass der Stadtrat ermächtigt wird, die bestehenden Beteiligungen zu verkaufen.



Johann Widmer
Gemeinderat
Präsident
SVP Zürich 10

So wurde das Geschäft der Zürcher Stimmbewölkerung im 2016 «verkauft» und dieses hat in Treu und Glauben, einer vermeintlich guten Sache zuzustimmen, ja gesagt. Die SVP war damals schon gegen diese Mogelpackung, weil ein Ausstieg aus der Kernenergie das Eine und der Verkauf von Anteilen das Andere ist.

Nun sieht man deutlich, was die Linke mit Ihrer Politik den Stimmbürgern eingebrockt hat – einen unmöglichen Auftrag an den Stadtrat.

Sonderbare linke Ansinnen

Der Stadtrat ist nun angehalten, diese Anteile zu verkaufen und beantragt daher in der Weisung 2017/208 richtigerweise 2,8 Millionen Franken, die er für die Vorbereitungsarbeiten zu einem Verkauf der Anteile an Kernkraftwerken braucht. Die SVP ist der Meinung, dass man dieses Geld sparen kann, weil sich kaum ein Käufer finden wird.

Nur, linke Politik ist eben, trotz des Anspruches der linken Intelligenzija die

Besten zu sein, nicht sonderlich intelligent. Stellen Sie sich vor, dieselben intellektuellen Politiker bestimmen morgen, dass das Schuhe tragen verboten sein soll, da es die Füsse in menschenrechtsverletzender Art einsperrt. Man serviert den Stimmberechtigten dieses Ansinnen in einer Volksabstimmung und verknüpft es gleich noch mit der Forderung, dass die Schuhfabriken verboten sein sollen und man die Anteile der Stadt verkaufen müsse. Welcher Wahnsinnige wird da noch die Aktien der Schuhfabriken kaufen wollen?

Dieser einfach zu verstehende Vergleich zeigt, wie die linken Politiker denken und handeln. Und wer jetzt denkt, dass das Schuhe tragen doch nicht verboten werden könne, irrt vermutlich, da wir seit der linken Politik in dieser Stadt laufend solche sonderbaren Ansinnen zur Kenntnis zu nehmen haben.

Enorme Folgekosten

Im Fall des Ausstieges aus der Kernkraft haben sich die links-grünen Poli-

tiker den Schlamassel aus ideologischen Gründen selber eingebrockt und sollen umsetzen, was das Volk unter ihrer Anleitung bestimmt hat. Sicher ist nur eines: Die Anteile werden wir kaum verkaufen können, ein Beratungsunternehmen und einige Saatsfunktionäre werden sich gerne mit 2,8 Millionen bezahlen lassen um einen undurchführbaren Plan zu entwickeln. Die enormen Folgekosten des Ausstieges werden unsere Nachfahren noch lange beschäftigen.



Die Haltung der SVP gegen die Vorlage konnte im rot-grünen Zürich nicht obsiegen.

ZUR RECHNUNG 2017 DER STADT ZÜRICH

Für eine nachhaltige Finanzpolitik

Die SVP nimmt den Rechnungsüberschuss von 152 Millionen Franken und den damit verbundenen Schuldenabbau mit Genugtuung zur Kenntnis.

SVP. Dieses positive Ergebnis ist aber nicht in erster Linie auf die Finanzpolitik des Stadtrats zurückzuführen. Zum Überschuss trugen hauptsächlich volatile Sondereinnahmen bei: die florierende Wirtschaft, die Flughafenaktie, deren Wert stetig steigt und die hohen Erträge aus der Grundstückgewinnsteuer.

Die Steuererträge sind zwar auf sehr hohem Niveau, leider aber auch der jährliche Gesamtaufwand der Stadt Zürich, der sich mittlerweile auf fast 9 Milliarden Franken beläuft. Ausdruck des stetig wachsenden Verwaltungsapparats ist der Personalaufwand von über 2,7 Milliarden (rund 21 000 Beschäftigte). Statt einer Vereinfachung der Abläufe und einer Effizienzsteigerung dank Digitalisierung, braucht es scheinbar immer mehr Personal zur Bewältigung dessen, was Rotgrün als staatliche Aufgaben betrachtet. Nach dem Linksrutsch im Stadt- und Gemeinderat vom 4. März 2018 muss davon ausgegangen

werden, dass der Personalaufwand auch in Zukunft rapide zunimmt. Ob die grossen Firmen, die hauptsächlich für die hohen Steuererträge verantwortlich sind, auch in Zukunft auf einen rotgrün dominierten Standort Zürich setzen, bleibt abzuwarten.

Die SVP setzt sich für eine nachhaltige Finanzpolitik ein, die ohne Sondereinnahmen auskommt. Damit die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt gewährleistet bleibt, hat der Abbau des Fremdkapitals von 5,5 Mia. Franken oberste Priorität. Steigen die Zinsen, belasten diese die laufende Rechnung in bedenklichem Masse gegenüber heute. Und die Zinsen werden anziehen ... Die Finanzen der Stadt Zürich müssen langfristig saniert werden. Dies bedingt, dass dem stetigen Wachstum der Verwaltung Einhalt geboten wird. Nur so können die staatlichen Dienstleistungen, die zur Lebensqualität der Stadt beitragen, auf Dauer aufrecht erhalten bleiben.

LESERBRIEF

Gläubige und Lügner

Für Leute die den Klimawandel mit dem technisch produzierten CO₂ in Verbindung bringen, gibt es nur zwei Kategorien; die Gläubigen und die «Lügner». Warum gibt es so viele unkritische Menschen in Bezug auf den von Menschen gemachten Klimawandel? Niemand weiss mit letzter Konsequenz, welche Wirkung alleine vom technisch produzierten CO₂ ausgeht oder weiss man das zu wissen? Dann wären sie aber Lügner! Die titulierten «Lügner» leugnen den Klimawandel nicht als solches. In der Erdgeschichte gab es immer Klimawandel mit wechselnden Warm- und Kaltzeiten. Sie weisen aber kritisch auf die fehlenden Klimatelemente hin u.a.; die grüne Vegetation, Luftfeuchtigkeit, Druck, Wind, Niederschlag, Strahl-

lung der Sonne und aus dem Weltall. Aufgrund der Einfachheit der CO₂-Klimatheorie haben es die Kritiker nicht schwer, sie zu bemängeln. Sind sie deshalb Lügner, wohl kaum? Man bedenke, alles pflanzliche, tierische und menschliche Leben hängt am CO₂-Sauerstoffkreislauf.

Im Gegenzug zur Titulierung «Lügner» sollte man immer die Worte von Carl Hilty (1833–1909, Prof. für Staatsrecht), die er seinen Studenten beibrachte, in Erinnerung behalten. «Unter dem Titel «Wissenschaft» geht oft das einfüchtigste und unwahrste Zeug von der Welt spazieren, und alle, die es nicht verstehen, ziehen eine Zeit lang ehrerbietig den Hut vor ihm.»

Max Matt, Altstätten SG